

Hochwasser in Sachsen-Anhalt: Wirtschaft hilft Wirtschaft!

Informationspaket für Unternehmen

Standortpolitik

Aus- und Weiterbildung

Innovation und Umwelt

International

Recht und Fair Play



Starthilfe und
Unternehmens-
förderung



Industrie- und Handelskammer
Halle – Dessau

Für alle von der Hochwasserkatastrophe betroffenen Unternehmen im Süden Sachsen-Anhalts hat die Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau (IHK) die nachfolgenden Informationen zusammengestellt. Kompetent und übersichtlich wollen wir Sie informieren.

Bei weiteren Fragen oder Problemen wenden Sie sich bitte an unsere Hochwasser-Hotline unter 0345 2126-424.

Ständig aktualisiert wird das Internetangebot der IHK zum Hochwasser in Sachsen-Anhalt unter www.halle.ihk.de, Dokument-Nr. 12018. Hier erhalten Sie aktuelle Informationen zur Unterstützung, Hilfestellungen und Kontaktadressen sowie Ausnahmegenehmigungen.

Nachfolgend finden Sie die wichtigsten Informationen zu:

1. IHK-Maßnahmen für betroffene Unternehmen
2. Soforthilfeprogramm des Landes
3. Weitere Soforthilfen und Steuererleichterungen
4. Ausnahmeregelungen für vom Hochwasser betroffene Regionen
5. Rechtliche Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe

1. IHK-Maßnahmen für betroffene Unternehmen

IHK-Hochwasser-Hotline erste Anlaufstelle für Betroffene

Zur schnellen Information und Unterstützung der durch das Hochwasser betroffenen Unternehmen hat die IHK eine Hotline unter 0345 2126-424 eingerichtet. Hier werden von 8 bis 18 Uhr betriebliche Schadensmeldungen entgegengenommen und Informationen zu Kontaktstellen sowie Möglichkeiten zur Soforthilfe vermittelt

Sachverständige finden

Über das bundesweite Sachverständigenverzeichnis finden Sie öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständigen zur Bewertung von Schäden an Gebäuden oder von Betriebs- und Geschäftsausstattungen der Abfallentsorgung.

Weitere Informationen unter dem [Online-Sachverständigenverzeichnis](http://svv.ihk.de/content/home/home.ihk) unter <http://svv.ihk.de/content/home/home.ihk>

IHK stellt Bescheinigungen aus

Vom Hochwasser betroffene Unternehmen, die mit Produktionsausfall zu kämpfen haben, werden durch die IHK unterstützt. Die IHK kann den Betrieben eine Erklärung bescheinigen, um beispielsweise Forderungen nach Vertragsstrafen wegen Lieferverzugs zu begegnen. Diese Bescheinigungen können auch von Firmen genutzt werden, die wegen des Hochwassers Lieferprobleme innerhalb Deutschlands haben, wenn deren Kunden oder Vertragspartner dies wünschen. Die Bescheinigungen sind nicht rechtsverbindlich. Weitere Informationen unter Telefon 0345 2126-282 oder unter export@halle.ihk.de

IHK unterstützt Ausbildungsbetriebe

Von der Hochwasserkatastrophe betroffene Ausbildungsbetriebe und deren Auszubildende werden von der IHK unterstützt. Bei Problemen können sie sich bei der IHK-Hotline 0345 2126-424 melden. Zur schnellen Hilfe stehen die IHK-Ausbildungsberater auch vor Ort bereit, um die Weiterführung des Ausbildungsbetriebes zu gewährleisten.

2. Soforthilfeprogramm des Landes

Mit der Hochwasser-Soforthilfe 2013 unterstützen Bund und Land vom Hochwasser betroffene Unternehmen bei der Beseitigung der Schäden.

Bis zum 31. Dezember 2013 können vom Hochwasser betroffene Unternehmen bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) eine Hochwasser-Soforthilfe beantragen. Antragsformulare können direkt auf der [IHK-Website](#) sowie bei der IB abgerufen werden. Mit der Soforthilfe sollen die Hälfte aller nichtversicherten Kosten für Reparaturen, Ersatzbeschaffungen oder neue Lagerbestände mit bis zu 50.000 Euro – in Härtefällen mit bis zu 100.000 Euro – erstattet werden können.

Wer wird gefördert?

gewerbliche Unternehmen und Angehörige Freier Berufe mit weniger als 500 Beschäftigten

Was wird gefördert?

nicht versicherte Schäden:

- Reparaturaufwendungen an Sachanlagevermögen
- Ersatzbeschaffungen für untergegangene Wirtschaftsgüter
- Schäden an Vorräten und Lagerbeständen

Wie wird gefördert?

Zuschuss in Höhe von 50 % der zuwendungsfähigen Ausgaben (max. 50.000 Euro, bei Existenzgefährdung und in vergleichbaren Härtefällen max. 100.000 Euro)

Was ist weiterhin zu beachten?

nicht gefördert werden Unternehmen der öffentlichen Hand, landwirtschaftliche Primärerzeuger, private Vermietung und Verpachtung.

Es wird empfohlen, dem Antrag Bilder zur Schadensdokumentation beizufügen. Die Anträge sind bei der Investitionsbank bis zum 31.12.2013 zu stellen. Die Plausibilisierung der Schadenshöhe erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern in Sachsen-Anhalt.

Die IHK empfiehlt, die gemeinsamen [Hochwassersprechstage](#) der Investitionsbank mit der IHK und der HWK zu nutzen.

Weitere Informationen zur Soforthilfe und den Bedingungen über die kostenfreie Hotline 0800 5600757 oder auf der [Website der Investitionsbank Sachsen-Anhalt](#) unter <http://www.ib-sachsen-anhalt.de/firmenkunden/investieren/hochwasser-soforthilfe-2013.html>.

Quelle: Investitionsbank Sachsen-Anhalt

3. Weitere Soforthilfen und Steuererleichterungen

10-Punkte Programm der Bundesregierung – Hilfsmaßnahmen für hochwassergeschädigte Unternehmen

Neben der Soforthilfe des Bundes in Höhe von 100 Millionen Euro, die seitens der betroffenen Länder in gleicher Höhe für Sofortmaßnahmen ergänzt wird, werden wir betroffene Unternehmen mit einem 10 Punkte Programm für den Wiederaufbau unterstützen:

1. **Kreditprogramme der KfW werden für hochwassergeschädigte Unternehmen geöffnet** (KfW Unternehmerkredit), für Private (Wohnungseigentum) und für Kommunen (Investitionskredit Kommunen); *Volumen für Unternehmen rund 100 Mio Euro.*
2. Für ausgewählte KfW-Programme (insbesondere für KfW-Unternehmerkredit) werden die **Zinsen verbilligt** und auch **Betriebsmittelkredite einbezogen**. Gleichzeitig soll die Vergabe von KfW-Unternehmerkrediten soweit möglich in diesen Fällen durch **Haftungsfreistellung der Hausbanken** erleichtert werden.
3. **Zins und Tilgung** für laufende KfW-Kredite sollten auf Antrag der Hausbanken vorübergehend gestundet werden.
4. Einrichtung einer **Hotline der KfW**, bei der sich Unternehmerinnen und Unternehmer kurzfristig über die aktuellen Hilfsangebote informieren können, sobald alle Programmangebote stehen.
5. Betroffene Länder sollten **Angebote ihrer Förderbanken** in ähnlicher Weise wie die KfW flexibilisieren. KfW prüft **zinsgünstige Refinanzierung für die Landesförderinstitute**, die eigene Hochwasserkreditprogramme auflegen.
6. Für kleine Unternehmen sollten die besonders wichtigen **Angebote der Bürgschaftsbanken** in den betroffenen Ländern **verbessert** werden, etwa durch vorübergehend höhere Bürgschaftsquoten.
7. Es wird überlegt, eventuell ein Sonderprogramm „Hochwasser“ für Schäden in den Krisengebieten im Rahmen der **Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe** „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ einzuführen.
8. Passgenaue Nutzung vorhandener Mittel der laufenden Förderperiode aus den **EU-Strukturfonds** für vom Hochwasser betroffene Unternehmen, Kommunen und Bürger. Bei Bedarf Unterstützung der Länder gegenüber der EU-Kommission für eine schnelle und unbürokratische Anpassung der operationellen Programme.
9. **Nutzung des EU-Solidaritätsfonds** für Soforthilfen zur Behebung der Hochwasserschäden.
10. **Unterbrechung der Fristen zur Beantragung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens** bis zum Frühjahr 2014 für Unternehmen, bei denen durch die Hochwasserkatastrophe Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung verursacht wurde.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Kurzarbeitergeld und Entlastung von Sozialbeiträgen für vom Hochwasser betroffene Unternehmen

Laut Bundesministerium für Arbeit und Soziales vom 13. Juni 2013 können Betriebe, die von hochwasserbedingten Arbeitsausfällen betroffen sind, für ihre Beschäftigten und Auszubildenden Kurzarbeitergeld beantragen.

Über die gesetzlichen Regelungen und die besonderen Bestimmungen bei unabwendbaren Ereignissen hinaus wird es mit sofortiger Wirkung eine weitere zentrale Erleichterung geben:

Unternehmen, die von der Flut unmittelbar betroffen sind und in Kurzarbeit gehen müssen, werden zusätzlich komplett von den Sozialversicherungsbeiträgen entlastet. Kurzarbeit ist damit nicht nur unbürokratisch und schnell möglich, sondern entlastet diese Betriebe auch finanziell wesentlich.

Die Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen gilt für Unternehmen, die unmittelbar vom Hochwasser betroffen sind.

- Die Übernahme erfolgt für längstens drei Monate im Zeitraum Juni bis Dezember 2013.
- Um Kurzarbeitergeld zu erhalten und Sozialversicherungsbeiträge erstattet zu bekommen, muss der Arbeitsausfall bei der Agentur für Arbeit am Sitz des Betriebes schriftlich angezeigt werden.
- Die Leistungen werden von dem Monat an erstattet, in dem die Anzeige über den Arbeitsausfall bei der Agentur für Arbeit eingegangen ist.
- Anzeigen mit Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge müssen spätestens bis zum 30. September 2013 eingegangen sein.
- Kurzarbeitergeld und eine mögliche Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge können unbürokratisch beantragt werden. Das geht für den jeweiligen Monat, in dem Kurzarbeit durchgeführt wurde, bis zu drei Monate nachträglich.

Im Gegensatz zum konjunkturell bedingten Kurzarbeitergeld gibt es für solche Krisenfälle auch die folgenden regulären Erleichterungen:

- Arbeitnehmer, in deren Betrieb die Arbeit wegen Hochwasser ausfällt, können bei Aufräumarbeiten in ihrem Betrieb helfen, ohne dass sie den Anspruch auf Kurzarbeitergeld verlieren.
- In diesem Fall ist es auch nicht notwendig, dass vor der Zahlung von Kurzarbeitergeld Arbeitszeitkonten ausgeglichen oder Urlaubstage genommen werden müssen.
- Auch Betriebe, die von ihrem Zulieferer wegen des Hochwassers kein Material erhalten, können Kurzarbeitergeld beantragen. Dies gilt genauso im umgekehrten Fall, wenn ein Zulieferer seine Waren nicht an seinen Abnehmer übergeben kann, weil dieser vom Hochwasser betroffen ist.

Bei Fragen zum Thema Kurzarbeitergeld können sich Betriebe über die bundesweite kostenfreie Servicenummer an einen Ansprechpartner ihrer Arbeitsagentur wenden. Über diese Rufnummer ist auch dann der Ansprechpartner erreichbar, wenn die örtliche Arbeitsagentur wegen des Hochwassers geschlossen werden musste. Die Rufnummer für Betriebe lautet: 0800 – 455 55 20.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Zuschlagsfreie Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen für Betroffene der Hochwasserkatastrophe

Der GKV-Spitzenverband empfiehlt den Krankenkassen, von den durch das Sozialgesetz eröffneten Entlastungsmöglichkeiten beim Beitragseinzug großzügig Gebrauch zu machen.

Grundsätzlich werden für Sozialversicherungsbeiträge, die nicht bis zum Fälligkeitstermin gezahlt werden, Säumniszuschläge und Mahngebühren erhoben. In der Folge kann sich daraus eine Vollstreckung anbahnen. Um diese zu vermeiden, ist eine Stundung von Beiträgen möglich – normalerweise allerdings gegen angemessene Verzinsung und in der Regel nur gegen Sicherheitsleistung.

Aufgrund der Ausnahmesituation empfiehlt der GKV-Spitzenverband den Krankenkassen nun, bei Arbeitgebern und selbstzahlenden Mitgliedern, die von der Hochwasserkatastrophe unmittelbar und in einem erheblichen Maße betroffen sind, auf Antrag:

1. die Sozialversicherungsbeiträge für die Monate Mai bis September zu stunden,
2. auf die gesetzlich vorgeschriebenen Stundungszinsen zu verzichten,
3. keine Säumniszuschläge oder Mahngebühren zu erheben und
4. von Vollstreckungsmaßnahmen wie z. B. Pfändungen bis Ende September bei rückständigen oder bis dahin fällig werdenden Beiträgen abzusehen.

Die Nachweisführung soll unbürokratisch erfolgen. Eine Bestätigung der Gemeinde, Fotos der beschädigten Betriebe oder Wohnungen oder auch eine glaubhafte Erklärung der Betroffenen selbst sollten ausreichen, um die Betroffenheit darlegen zu können.

Achtung! Die Mitteilung des GKV-Spitzenverbands besitzt nur Empfehlungscharakter. Ob Ihre Krankenversicherung den Empfehlungen folgt, sollte direkt bei der Krankenkasse erfragt werden.

Quelle: GKV-Spitzenverband

Steuerliche Erleichterungen für vom Hochwasser Betroffene

Die Finanzämter Sachsen-Anhalt sind angewiesen, alle durch das Hochwasser Betroffenen durch steuerliche Hilfsmaßnahmen soweit wie möglich zu entlasten. Auf Antrag sind als Soforthilfen bis zum 30. September 2013 folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Stundungen fälliger Steuerbeträge ohne Stundungszinsen;
- Herabsetzung der Vorauszahlungen für Einkommen- und Körperschaftsteuer;
- Vorübergehender Aufschub von Vollstreckungsmaßnahmen unter Verzicht auf Säumniszuschläge;
- Erleichterung für den Nachweis steuerbegünstigender Zuwendungen;
- Verzicht auf steuerlich nachteilige Forderungen bei Verlust von Buchführungsunterlagen und sonstigen Aufzeichnungen aufgrund des Hochwassers.

Außerdem können Unternehmen die Anerkennung außergewöhnlicher Belastungen beantragen in Form von:

- Sonderabschreibungen beim Wiederaufbau ganz oder teilweise zerstörter Gebäude;
- Sonderabschreibung bei Ersatzbeschaffung beweglicher Anlagegüter;
- Bildung steuerfreier Rücklagen für die Ersatzherstellung bzw. -beschaffung;
- Anerkennung als sofort abzugsfähiger Erhaltungsaufwand für Aufwendungen zur Beseitigung von Schäden an Betriebsgebäuden sowie Grund und Boden in den Jahren 2013 bis 2016, wenn die Aufwendungen 45.000 Euro nicht übersteigen.

Für weitere Fragen zu den möglichen steuerlichen Hilfsmaßnahmen stehen den Betroffenen die zuständigen Finanzämter als Ansprechpartner zur Verfügung. Die umfassenden Regelungen für die Finanzämter wurden vom [Ministerium der Finanzen](http://www.mf.sachsen-anhalt.de) unter <http://www.mf.sachsen-anhalt.de> veröffentlicht.

Für Fragen zu möglichen Hilfen bei der Gewerbesteuer oder der Grundsteuer sollten sich die Betroffenen an die Gemeinden wenden.

Quelle: Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt

Aktionsplan Hochwasser der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

Die KfW hilft den Opfern der Flutkatastrophe. Die Bank stellt privaten Haushalten, Unternehmen und Kommunen Kredite in einem Gesamtvolumen von zunächst 100 Millionen Euro zu besonders günstigen Konditionen zur Verfügung. Zusätzlich erklärt sich die KfW dazu bereit, bei Bedarf die Förderbanken

betroffener Bundesländer preiswert zu refinanzieren. Die Hilfsleistungen sind Teil eines Zehn-Punkte-Programms, das die Bundesregierung angekündigt hat.

Der Aktionsplan Hochwasser der KfW bleibt ein Jahr in Kraft. Bereits beim Hochwasser im Jahr 2002 hatte die KfW betroffenen Privathaushalten und Unternehmen zinsgünstige Kredite bereitgestellt. Damals hatte sie knapp 1.200 Kredite in einem Volumen von rund 78 Millionen EUR zugesagt

Für die Bewältigung Ihrer Hochwasserschäden an gewerblichen Gebäuden, Lagerbeständen werden durch die KfW die Programme KfW-Unternehmerkredit (Programmnummern 037, 047) sowie ERP-Gründerkredit StartGeld (067) und Universell (068) für betroffene Unternehmen geöffnet. Damit können Firmengebäude wieder hergestellt, neue Maschinen und Anlagen angeschafft werden, vernichtete Lagerbestände ersetzt, die Aufräumarbeiten bezahlt oder Liquiditätsengpässe überbrückt werden.

Die Zinssätze für die Hochwasservarianten beginnen bei 1 % pro Jahr, das StartGeld bieten wir Ihnen mit einem Sonderzinssatz von 1,2 % pro Jahr an (Sollzins, 1,21 % Effektivzins).

Die Programmbedingungen gelten ansonsten unverändert.

Weitere Informationen zu den einzelnen KfW-Programmen finden Sie auf der [KfW-Website](https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Pressematerial/Themen-kompakt/Hochwasserhilfe/) unter <https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Pressematerial/Themen-kompakt/Hochwasserhilfe/>

Sonderprojekt „Runder Tisch Hochwasser“

Betroffene Unternehmen können sich zu notwendigen betriebsindividuellen Finanzierungskonzepten zur Beseitigung von unmittelbaren Hochwasserschäden und von mittelbaren Schäden aus Auftrags- oder Umsatzausfall etc. kostenfrei beraten lassen. Hierzu öffnet die KfW das Beratungsprodukt „Runder Tisch“ für alle betroffene Unternehmen. Damit entfällt die Nachweisführung nach EU-Richtlinie „Unternehmen in Schwierigkeiten“.

Die IHK stellt unbürokratisch 2 Beratungstage für einen „Quick-Check“ durch zertifizierte Unternehmensberater zur Verfügung. Bei Bedarf ist eine Verlängerung der Beratungsdauer möglich. Dem Antrag stellenden Unternehmen werden lediglich die Mehrwertsteuer und die Fahrtkosten (30 ct/km) in Rechnung gestellt.

Im Einzelfall können auch Unternehmen, die bereits eine Beratung am „Runden Tisch“ oder eine Turn-Around-Beratung in Anspruch genommen haben, die Beratungsförderung erneut in Anspruch nehmen.

Die Online-Antragstellung erfolgt über die KfW unter [https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Unternehmen/Unternehmen-erweitern-festigen/Finanzierungsangebote/Runder-Tisch-\(RT\)/](https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Unternehmen/Unternehmen-erweitern-festigen/Finanzierungsangebote/Runder-Tisch-(RT)/)

Bürgschaften und Beteiligungen: Soforthilfe für Firmen zur Entlastung von Flutschadenfolgen

Bürgschaftsbank (BB) und Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen-Anhalt (MBG) wollen vom Hochwasser geschädigten mittelständischen Unternehmen im Land helfen, damit sie nicht durch die Flutschäden und damit verbundene Produktions- und Umsatzausfälle unverschuldet in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Dazu haben die beiden Förderinstitute Sofortmaßnahmen zur Liquiditätsstärkung solcher Unternehmer, Handwerks- und Handelsbetriebe beschlossen. Die Bedürftigkeit ist durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.

Stundungen:

Als „Erste Hilfe“ können geschädigte mittelständische Firmen die Stundung von fällig werdenden Kreditraten oder Rückzahlungen für eine Frist bis zu einem Jahr beantragen.

Verzicht auf Bearbeitungsentgelt: Bei Unternehmen, die zur Aufstockung ihrer Liquidität einen Bankkredit aufnehmen wollen, verzichtet die BB auf das sonst obligatorische Bearbeitungsentgelt für die Kreditbürgschaft. Das gilt auch, wenn bestehende Bürgschaften erhöht werden sollen.

Soforthilfeprogramm der MBG: Die MBG legt außerdem ein bis zum Jahresende befristetes „Beteiligungs-Sofortprogramm Flutopfer“ bis zu einer Beteiligungshöhe von 250.000 Euro auf – ebenfalls ohne Bearbeitungsentgelt und mit einer verbesserten Festkondition von insgesamt 6,9 Prozent.

Sofortmaßnahmen für die Tourismusbranche

Die Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH hat in Abstimmung mit dem Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft mit der Umsetzung von Sofortmaßnahmen begonnen, mit denen Stornierungen und damit Verluste für die Tourismusbranche infolge des Hochwassers entgegengewirkt werden sollen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen findet in Abstimmung mit den betroffenen Städten, Tourismusverbänden und Kammern statt.

Zu den Sofortmaßnahmen gehören unter anderem zunächst:

- Einrichtung einer zentralen Rufnummer (Kommunikation über Internet, Medien) für Gastanfragen zu bestehenden oder künftigen Reisen, täglich von 8.00 bis 20.00 Uhr besetzt, 0391 5689980,
- tagaktuelle Zusammenstellung aller relevanten Informationen unter www.sachsen-anhalt-tourismus.de,
- Erhöhung der Medienaufmerksamkeit national (Kultur- und Reisedaktionen sowie Tageszeitungen etc.) durch den Versand von Reisetipps an einen deutschlandweiten Medienverteiler; hierbei wird die Einladung an Gäste durch den jeweiligen Leistungsträger ausgesprochen,
- Bedienung der verfügbaren Newsletter, um zielgruppengenaue Ansprache mit thematischen Reisetipps vorzunehmen.

Quelle: Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft Sachsen-Anhalt

Hilfsbörse des Landesbauernverbandes Sachsen-Anhalt

Der Landesbauernverband Sachsen-Anhalt hat auf seiner Homepage eine Hilfsbörse eingerichtet, um Landwirte sowie Hobby- und Kleintierzüchter beim Bieten und Suchen von Futter, Stroh, Mitarbeiter und Technik zu unterstützen.

<http://www.lbv-sachsenanhalt.de/hochwasser2013.html>

4. Ausnahmeregelungen für vom Hochwasser betroffene Regionen

Allgemeine Ausnahmegenehmigung vom Sonn- und Feiertagsfahrverbot für dringende Versorgungsfahrten in Sachsen-Anhalt bis einschließlich 30. Juni 2013

Zur Sicherstellung der Hochwasserbekämpfung in Sachsen-Anhalt, zur Vermeidung von Engpässen bei der Versorgung der Bevölkerung und zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit wichtiger Logistikketten wird gemäß § 46 Abs. 2 Satz 1 StVO eine allgemeine Ausnahmegenehmigung vom Sonn- und Feiertagsverbot nach § 30 Abs. 3 Satz 1 StVO für den 9., 16., 23. und 30. Juni 2013 erteilt.

Einer gesonderten Antragstellung von bestimmten Antragstellern bedarf es nicht. Ausnahmegenehmigungen gelten insoweit als erteilt.

Ausnahmen von Lenk- und Ruhezeitregelungen für LKW-Fahrer während des Hochwassereinsatzes 2013 im Land Sachsen-Anhalt

Für den Hochwassereinsatz in Sachsen-Anhalt wurde die Lenk- und Ruhezeitenregelung für Lkw-Fahrer außer Kraft gesetzt. Fahrzeuge, die im Rahmen des Hochwasserschutzes eingesetzt werden, sind von der Anwendung der Artikel 5 bis 9 der einschlägigen EG-Verordnung ausgenommen. Dies betrifft unter anderem Tageslenkzeit, Fahrtunterbrechung sowie tägliche und wöchentliche Ruhezeit. Für diese Ausnahmen bedarf es keiner behördlichen Genehmigung, so das Landesamt in einem Schreiben vom 6. Juni 2013.

Digitale Kontrollgeräte seien auf „out of scope“ zu stellen, analoge Geräte sind nicht zu benutzen, heißt es in dem Schreiben weiter. Dem Fahrer ist eine Kopie des Auftrages oder eine Bescheinigung der zuständigen Stelle, die den Einsatz angeordnet hat, mitzugeben. Bei Kontrollen ist diese den Kontrollbehörden vorzulegen.

Darüber hinaus kann das Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt einzelfallbezogene Ausnahmen erlassen.

Weitere Informationen unter www.halle.ihk.de, Dokument-Nr. 12042

5. Rechtliche Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe

Arbeitsrechtliche Auswirkungen

Häufig macht das Hochwasser den Weg zur Arbeitsstelle aufgrund Überflutungen, Straßensperrungen, Einschränkungen im Nahverkehr etc. unmöglich. Sollte der Arbeitnehmer aufgrund einer derartigen Behinderung zu spät auf Arbeit erscheinen, trägt er das sogenannte Wegerisiko. Das heißt, das Risiko, zum Arbeitsplatz zu gelangen, trägt einzig und alleine der Arbeitnehmer. Er ist verpflichtet, pünktlich zur Arbeit zu erscheinen. In diesem Zusammenhang muss der Arbeitnehmer alles Zumutbare unternehmen, um seine Arbeitsstelle (pünktlich) zu erreichen. Im Einzelfall bedeutet dies für den Arbeitnehmer, längere Anfahrtswege, Umleitungen, alternative Beförderungsmöglichkeiten u.ä. in Kauf zu nehmen. Nach den allgemeinen arbeitsrechtlichen Grundsätzen kann wiederholte Unpünktlichkeit eine außerordentliche Kündigung rechtfertigen, wenn sie den Grad und die Auswirkung einer beharrlichen Verweigerung der Arbeitsleistung erreicht hat. Das setzt allerdings voraus, dass die Pflichtverletzung trotz Abmahnung wiederholt begangen wird oder nicht ordnungsgemäß nachgekommen wird und sich daraus der nachhaltige Wille des Arbeitnehmers ergibt, den vertraglichen Verpflichtungen nicht oder nicht ordnungsgemäß nachkommen zu wollen. In der Regel ist jedoch ein Zuspätkommen aufgrund einer unvorhersehbaren Naturkatastrophe – wie ein Hochwasser – nicht vorwerfbar und eine darauf beruhende Abmahnung somit unberechtigt. Was anderes gilt, jedoch, wenn dem Arbeitnehmer die Behinderungen/Einschränkungen bekannt waren und er sich dementsprechend darauf einstellen konnte.

Ist dem Arbeitnehmer aufgrund der Hochwasserkatastrophe gänzlich unmöglich auf Arbeit zu erscheinen, darf er nicht bestraft, abgemahnt oder in Regress genommen werden. Ist dem Arbeitnehmer die Arbeitsleistung unmöglich und er erscheint deswegen berechtigt nicht zur Arbeit, darf er vom Arbeitgeber hierfür nicht abgemahnt werden. Eine Unmöglichkeit wird insbesondere auch dann angenommen, wenn die Leistung an sich zwar möglich ist, ihr jedoch Schwierigkeiten entgegenstehen, die außerhalb der zumutbaren Opfergrenze liegen, insbesondere wenn der Arbeitnehmer aufgrund höherrangiger Pflichten gehalten ist, von der Arbeit fernzubleiben. Dies ist beispielsweise für den Fall anzunehmen, dass der Arbeitnehmer sein eigenes Haus/Wohnung vor dem Hochwasser schützen muss; nicht jedoch, wenn er dritten Personen ohne dringende Veranlassung bei Aufräumarbeiten hilft.

Wichtig ist, dass der Arbeitnehmer den Arbeitgeber unverzüglich informiert, wenn absehbar ist, dass es zu Verspätungen kommt, er die Arbeitsstelle nicht erreichen kann bzw. er der Arbeit fernbleiben muss. Dies ist dem Arbeitnehmer auch möglich und zumutbar, da heutzutage nahezu jeder über ein Mobiltelefon verfügt.

Dem Arbeitnehmer wird für die Zeitraum seiner Verhinderung die Arbeitsleistung unmöglich i.S.v. § 275 Abs.1 Bürgerlicher Gesetzbuch (BGB). Nach dem Grundsatz „Ohne Arbeit kein Lohn“ verliert er damit auch seinen Anspruch auf Lohnzahlung (§ 326 Abs.1 BGB). Demzufolge ist der Arbeitgeber auch berechtigt, die fehlende Arbeitszeit vom Lohn abzuziehen. Einen Anspruch, die Arbeit nachzuholen, hat der Arbeitnehmer aufgrund des Fixschuldcharakters der Arbeitsleistung nicht. Im Einzelnen können Arbeitgeber und Arbeitnehmer aber die Nachholung der Arbeitsleistung vereinbaren. Diese ist dann selbstverständlich zu entlohnen. Der Arbeitnehmer hat auch keinen Anspruch darauf, die Fehlzeiten durch Urlaub auszugleichen.

Sollte der Arbeitnehmer aufgrund von Hochwasserschutzmaßnahmen am eigenen Haus/Wohnung bzw. diesbezüglichen Aufräumarbeiten nicht zur Arbeit erscheinen können, entfällt ebenfalls sein Anspruch auf Vergütung. Im Einzelfall (insb. bei besonders schwerwiegenden persönlichen Hochwasserschäden) kann ausnahmsweise der Vergütungsanspruch fortbestehen („persönlicher Grund“ i.S.v. § 616 BGB).

Ist dem Arbeitnehmer aufgrund seines Einsatzes als Mitglied einer freiwilligen Feuerwehr, des Katastrophenschutzes oder anderen Hilfsorganisation unmöglich, am Arbeitsplatz zu erscheinen, ist er für die Zeit des Einsatzes freigestellt. Sein Anspruch auf Weiterzahlung des Arbeitsentgeltes bleibt hiervon unberührt. Der private Arbeitgeber kann jedoch i.d.R. die Erstattung des auf diesen Zeitraum entfallenen Lohnanspruchs sowie der Beiträge zur Sozial- und Arbeitslosenversicherung bei der Katastrophenschutzbehörde beantragen (s.o.).

Muss ein Elternteil aufgrund einer katastrophengebunden Schulschließung das minderjährige Kind betreuen und kann deswegen seiner Arbeitspflicht nicht nachkommen, besteht ebenfalls regelmäßig kein Anspruch auf Vergütung.

Tarifverträge können – außer für den Fall, dass der Arbeitnehmer als ehrenamtlicher Helfer zum Einsatz verpflichtet ist (s.o.) – hiervon abweichende Regelungen vorsehen.

Kann der Arbeitgeber die Arbeitsmittel nicht zur Verfügung stellen, weil zum Beispiel der Betrieb selbst unter Wasser steht, dann stellt dies grundsätzlich allein sein unternehmerisches Risiko dar (sog. „Betriebsrisiko“). Hier besteht jedoch unter Umständen Anspruch auf Kurzarbeitergeld (siehe: Kurzarbeitergeld und Entlastung von Sozialbeiträgen für vom Hochwasser betroffene Unternehmen)

Grundsätzlich hat der Arbeitgeber jedoch das Risiko für alle von außen auf den Betrieb einwirkenden Ursachen zu tragen. Kommt es infolge eines Hochwassers zu einer Betriebsstörung und die Arbeitnehmer können deshalb nicht arbeiten, treffen die Folgen des Ausfalls allein den Arbeitgeber. Der Arbeitgeber muss, sofern keine Kurzarbeitergeld gezahlt wird, in diesen Fällen das Entgelt weiterzahlen. Im Einzelfall kann die Pflicht zur Entgeltzahlung entfallen, wenn dies zu einer Existenzgefährdung des Betriebes führen würde. Die Voraussetzungen für die Annahme einer derartigen Existenzbedrohung sind allerdings sehr streng. Im Übrigen dürfen die Arbeitnehmer nicht zur unbezahlten Nacharbeit gezwungen werden. Auch ein Ausgleich der Ausfalltage durch Urlaub und/oder der Verrechnung mit Zeitkonten ist nicht zulässig. Durch Tarif- oder Arbeitsvertrag können die Regelungen zum Betriebsrisiko abbedungen werden.

Versicherungsrecht

Schäden an Haus und Hausrat, die infolge des Hochwassers entstanden sind, ersetzt die Gebäude- bzw. Hausratversicherung. Voraussetzung ist allerdings, dass die Versicherung die sog. Elementarschäden mit umfasst. In von Hochwasser bedrohten Gebieten wird der Abschluss dieser Zusatzversicherung von den Versicherungen regelmäßig abgelehnt. Bei Altverträgen aus DDR-Zeiten, welche später von der Allianz übernommen wurden, sind Hochwasserschäden jedoch noch automatisch mitversichert.

Sollte aufgrund des Hochwassers Schäden an einem Kraftfahrzeug entstanden sein, kommt hierfür die Voll- oder Teilkaskoversicherung auf. Der Schaden muss allerdings unmittelbar aus der Überschwemmung resultieren. Ob auch eventuelles Zubehör (Kindersitze etc.) mitversichert ist, lässt sich der Versicherungspolice entnehmen. Der Versicherungsanspruch entfällt jedoch ganz oder teilweise,

wenn das Fahrzeug grob fahrlässig an einem hochwassergefährdeten Ort abgestellt wird (z.B. trotz Hochwasserwarnung in Nähe eines Flusses).

Die Schäden sollten der Versicherung unverzüglich gemeldet werden – möglichst schriftlich mit Einschreiben und Rückschein. Darüber hinaus ist es ratsam, die Schäden umfassend zu dokumentieren: Sicherung von Beweismitteln und Zeugen, Erstellen von Fotos, Sammlung von Rechnungen der zerstörten Gegenständen etc. Im Einzelfall kann es angebracht sein, einen Sachverständigen zur Begutachtung der Schäden hinzuzuziehen.

Vertragsrecht

Ein Unternehmen, welches wegen einer Naturkatastrophe nicht mehr oder nur eingeschränkt produzieren kann, haftet regelmäßig nicht für ausbleibende Lieferungen. Kann ein Unternehmen seine vertraglich festgelegten Pflichten nicht erfüllen, weil es beispielsweise wegen Überschwemmungen, Stromausfällen oder Straßensperrungen aufgrund eines Hochwassers nicht liefern oder produzieren kann, liegt ein Fall von sog. höherer Gewalt vor.

Unter „höherer Gewalt“ wird ein betriebsfremdes, von außen durch elementare Naturkräfte oder durch Handlungen dritter Personen herbeigeführtes Ereignis, das nach menschlicher Einsicht und Erfahrung unvorhersehbar ist, mit wirtschaftlich erträglichen Mitteln auch durch äußerste, nach der Sachlage vernünftigerweise zu erwartende Sorgfalt nicht verhütet oder unschädlich gemacht werden kann und auch nicht wegen seiner Häufigkeit vom betriebsunternehmen in Kauf zu nehmen ist, verstanden. Höhere Gewalt führt juristisch zur Unmöglichkeit der Leistungserbringung. Unabwendbare Zumindest führen derartige Naturkatastrophen zu einer zumindest vorübergehenden Aussetzung der vertraglichen Pflichten und vereinbarten Liefertermine. Jeder Vertragspartner muss daher selbst für seine hierdurch entstehenden Schäden aufkommen. Allerdings muss das betroffene Unternehmen seinen Vertragspartner unverzüglich über den Lieferengpass informieren.